



Rede des Bayerischen Staatsministers des
Innern, für Sport und Integration, Joachim Herrmann,

anlässlich der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 2018

am 17. Mai 2019 im StMI

Inhalt

I. Einleitende Worte	2
II. Islamismus	5
III. Rechtsextremismus	14
IV. Linksextremismus	21
V. Ausländerextremismus	26
VI. Reichsbürger	29
VII. Cybersicherheit und Spionageabwehr	32
VIII. Schlussworte	34

Es gilt das gesprochene Wort!

I. Einleitende Worte

- Anrede -

Einleitende
Worte

Heute stelle ich Ihnen den Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2018 vor.

Folie 1

Auch im letzten Jahr fielen weltweit viele Menschen den Anschlägen fanatisierter terroristischer Gruppierungen oder von Einzeltätern zum Opfer.

Folie 2

Die Täter stammten überwiegend aus dem Bereich des **islamistischen Terrorismus**, wie bei den Angriffen in Carcassonne und in Lüttich oder dem Anschlag in der Vorweihnachtszeit in Straßburg. Die Angriffe richteten sich in einigen Fällen **gezielt gegen Polizeibeamte** (z.B. Lüttich), in der Mehrzahl der Fälle handelte es sich jedoch **um zivile Zufallsopfer** jeden Alters, jeden Geschlechts und jeder Ethnie (z.B. Straßburg).

Auch **rechtsextremistisch motivierte Anschläge** forderten Todesopfer: Einer der schwerwiegendsten ereignete sich in **Pittsburgh (USA)**. Dort richtete der Täter unter Besuchern einer **Synagoge** ein Blutbad an. In **Macerata (Italien)** schoss ein italienischer Rechtsextremist auf mehrere **Asylbewerber**. Und erst Mitte März erschütterte der **Anschlag auf zwei Moscheen in Neuseeland** die Weltöffentlichkeit.

Auch in **Deutschland** kam es sowohl zu Angriffen auf Asylbewerber oder Menschen mit Migrationshintergrund als auch zu **islamistischen Anschlagversuchen**.

Aktuell versuchen bayerische und österreichische Sicherheitsbehörden nach den erfolgten Verhaftungen in Österreich gemeinsam die **Hintergründe der Anschläge auf die ICE-Verbindung München-Nürnberg** und in **Berlin** aufzuklären.

Auch jenseits von Gewalttaten wird das **Klima in der Gesellschaft rauer**: So wird

insbesondere in den **Sozialen Medien** zunehmend unversöhnlich über aktuelle Themen gestritten. Es bilden sich „**Echokammern**“, in denen sich die Teilnehmer in ihren Auffassungen gegenseitig bestätigen und **für andere Argumente unzugänglich** werden.

Diese Entwicklungen versuchen Extremisten jeder Ausrichtung für sich zu nutzen. Neben der mehr oder minder geschickten Platzierung der eigenen Ideologie legen sie es darauf an, systematisch die **Grenzen des Sag- und Denkbaren** zu **verschieben**, um den Boden für entsprechende Handlungen zu bereiten.

II. Islamismus

Folie 3

Der weitgehende **Zusammenbruch des „Islamischen Staates“** darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass Deutschland und Europa weiterhin im Fokus des islamistischen Terrorismus stehen.

Die verheerende **Anschlagsserie in Sri Lanka mit über 200 Toten und Hunderten Verletzten** beweist: der islamistische **Terrorismus ist noch lange nicht besiegt**, seine Anhänger schrecken vor keiner Gräueltat zurück.

Anhaltend hohe Anschlagsgefahr
Aktuell haben wir zwar **keine konkreten Erkenntnisse** über einen bevorstehenden Anschlag in Deutschland oder Bayern. Es besteht aber nach wie vor eine **anhaltend hohe Anschlagsgefahr**. Dabei wird sogar der Einsatz **biologischer Kampfstoffe** ins Kalkül gezogen, wie der Rizinfund bei einem Islamisten in NRW beweist.

Dezentralisierung
Propaganda

Folie 4

Nach dem **territorialen Niedergang des „Kalifats“** in seinem syrisch-irakischen Kerngebiet müssen wir damit rechnen, dass der IS seinen Kampf im Untergrund fortsetzen wird. Er verbreitet weiterhin seine **Propaganda** über eine Reihe von Online-Plattformen. Außerdem ist eine **Dezentralisierung der Verbreitung jihadistischer Inhalte** über **inoffizielle** Kanäle zu verzeichnen. Insbesondere **Anschlagsdrohungen** sind dort häufiger, vielfältiger und detaillierter. Dies birgt mehr denn je die Gefahr, dass sich Einzelpersonen oder Kleingruppierungen auf Grundlage der IS-Ideologie radikalisieren und daraufhin versuchen, Anschläge in **Gruppen** oder als sog. „**Lone Actors**“ durchzuführen.

Aktuell stehen alle europäischen Staaten vor der Frage, wie mit **Rückkehrern aus den Kampfgebieten** umzugehen ist.

Reisebewegun- Angesichts der militärischen Niederlagen
gen
Folie 5 des IS ist die **Ausreisedynamik** ins sy-
risch-irakische Jihadgebiet nahezu **zum**
Erliegen gekommen. Dies gibt jedoch mit-
nichtem Anlass zur Entwarnung!

Ausreisen aus Bundesweit gehen die Sicherheitsbehörden
Bundesgebiet mittlerweile von **mehr als 1.050 ausge-**
und Bayern **reisten Islamisten** aus. Aktuell liegen Er-
kenntnisse zu **113 Islamisten aus Bayern**
vor, die in Richtung Nahost ausgereist
sind, dies planen bzw. planen oder dort in
sonstiger Weise terroristische Organisa-
tionen unterstützen. Davon sind tatsächlich
72 Personen in Richtung Syrien/Irak **aus-**
gereist.

In den Kampf- Bei mehr als **200 Personen** gibt es Hin-
gebieten Getö- weise darauf, dass sie in Nahost **zu Tode**
tete kamen, davon **10 aus Bayern.**

Erst **29** der aus Bayern Ausgereisten sind
nach Deutschland **zurückgekehrt** – **22** da-
von **nach Bayern**. Mit weiteren Rückkeh-
rern ist allerdings zu rechnen.

Gefahr durch
Rückkehrer

Im Umgang mit diesen Personen müssen unsere **Sicherheitsinteressen** klar **Vor-**
rang haben.

Folie 6

Von den aus **Bayern** ausgereisten **IS-**
Kämpfern haben **mehr als die Hälfte**
keine deutsche Staatsangehörigkeit. Bei
diesen Leuten kommt eine Wiedereinreise
nach Deutschland in aller Regel überhaupt
nicht in Betracht. Bei **deutschen IS-Kämp-**
fern kann die Wiedereinreise dagegen
rechtlich nicht verhindert werden!

Rückkehrer aus den ehemals vom IS
kontrollierten Gebieten stellen ein **beson-**
deres Sicherheitsrisiko dar. Denn oft
haben sie ein **terroristisches Ausbil-**
dungslager absolviert oder aktiv an
paramilitärischen Kampfhandlungen
teilgenommen.

Bei **fünf** der nach Bayern zurückgekehrten
Personen liegen Hinweise vor, dass sie
sich **aktiv** am bewaffneten **Widerstand in**
Syrien oder Irak beteiligt haben bzw.
beteiligt haben könnten.

Viele Rückkehrer dürften aufgrund der extremen Gewalterfahrungen **schwer traumatisiert und unberechenbar** sein. Die bayerischen Sicherheitsbehörden legen deshalb besonderes Augenmerk auf diesen Personenkreis.

Ist ein Rückkehrer zurück in Deutschland, ist die **beste Lösung**, wenn er **hinter Schloss und Riegel** kommt. Denn wer in einem deutschen Gefängnis sitzt, kann in unserem Land keinen Anschlag mehr verüben. Die Verurteilung und Inhaftierung setzt allerdings voraus, dass wir **konkrete Anhaltspunkte** für in den Kampfgebieten begangene **Straftaten** haben. Aktuell befinden sich **vier Rückkehrer aus Bayern in Haft**.

Können wir einem IS-Rückkehrer **keine Straftat nachweisen**, müssen wir ihn soweit er sich nicht glaubhaft von der Szene gelöst hat, zumindest **engmaschig kontrollieren**. Das bedeutet wenn nötig eine **Rund-um-die-Uhr-Überwachung**. Unsere

Sicherheitsbehörden werden erforderlichenfalls das ganze Portfolio ihrer Befugnisse ausschöpfen. Denn jedem muss klar sein: Diese Leute sind potentiell hoch gefährlich. Sie haben sich bewusst von unserer Demokratie abgewendet und verachten unsere westliche Kultur.

Funktion der Frauen im IS

Hierbei geraten auch **Frauen** in den Fokus der Sicherheitsbehörden. Denn innerhalb des IS spielen sie neben ihrer Funktion als Ehefrau und Mutter oftmals auch eine **aktive Rolle** – etwa bei Missionierungsarbeiten, Rekrutierungen, logistischer Unterstützung oder Spendensammlungen. Es wurden zudem auch **einzelne Frauen** festgestellt, die selbst durch **jihadistische Aktivitäten auffällig** wurden.

Derzeit steht eine deutsche **Jihadistin** in München **vor Gericht**. Ihr wird eine Beteiligung an einem **Mord durch Unterlassen** vorgeworfen. Darüber hinaus soll sie für die „**Sittenpolizei**“ des IS tätig gewesen sein.

Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus

Um einer **Radikalisierung** insbesondere junger Menschen entgegenzuwirken, arbeiten daher Innen-, Justiz-, Kultus- und Sozialministerium seit 2015 verstärkt im „**Bayerischen Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus**“ zusammen.

Folie 7

Auch wenn es sich derzeit **in Bayern** noch um **Einzelfälle** handelt, so beschäftigt sich das Netzwerk auch mit der Frage, wie mit radikalisierten Kindern sowie allgemein mit **Kindern in islamistischen Milieus** umgegangen werden soll und welche Maßnahmen im Rahmen der Prävention und Deradikalisierung dafür ausgebaut werden müssen.

Speicherung von Minderjährigen

Die geplante **Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes** hinsichtlich der **Speicherung von Minderjährigen**, wie wir sie in unserem Bayerischen Verfassungsschutzgesetz schon haben, ist darum **ausgesprochen wichtig**. Denn ohne eine solche Speicherbefugnis kann der Verfas-

sungsschutz weder die Polizei warnen noch das Jugendamt informieren. Diese Kinder brauchen aber **professionelle Hilfe**, um sie aus dem verhängnisvollen extremistischen Sog zu ziehen. Es geht hier um eine wichtige Frage, sowohl für **unsere Sicherheit als auch das jeweilige Kindeswohl**.

Missionierung Ein wachsames Auge werden wir weiterhin auf die **salafistische Missionierungsarbeit, die sog. Da`wa-Arbeit** haben. Auch in Bayern sind **Missionierungs-Projekte feststellbar**, die auf eine breitere Öffentlichkeit abzielen, wie z. B. die Verteilung der Biografie des Propheten unter dem Titel „We love Muhammad“.

Ein Großteil der Aktivitäten wird allerdings **konspirativer**: So agieren Szeneangehörige in geschlossenen Internetgruppen und vernetzen sich durch geheime Treffen, beispielsweise in Wohnungen (*Home-Da'wa*).

Durchsuchungs- Wir dulden auch nicht, dass unter dem
maßnahmen **Deckmantel der humanitären Hilfe Ter-**
rororganisationen unterstützt werden. Im
Folie 8 Rahmen eines vereinsrechtlichen **Ermittl-**
ungsverfahrens des Bundesinnenmi-
nisteriums kam es daher heuer am
10. April in mehreren Bundesländern – da-
runter auch in Bayern – zu **Durchsu-**
chungsmaßnahmen gegen die Hilfs-
organisationen „**Ansaar International**
(e.V.)“ und **WWR** (*WorldWideResistance*) **Help**
(e.V.)“. Beide Organisationen sind drin-
gend verdächtig, mit ihren Aktivitäten **pro-**
pagandistisch und finanziell die palästi-
nensische Terrororganisation **HAMAS** zu
unterstützen.

In **Bayern** wurden in diesem Zusammen-
hang von rund 140 Polizisten **19 Objekte**
durchsucht. Dabei wurde **umfangreiches**
Beweismaterial sichergestellt, das nun
von den Bundesbehörden ausgewertet
wird.

III. Rechtsextremismus

Personenpoten- Die **rechtsextremistische Szene** umfasste
zial Ende letzten Jahres in Bayern **ca. 2.360**

Folie 9

Personen. Die Zahl der **Gewaltorientier-**
ten liegt in Bayern seit mehreren Jahren
konstant bei ca. 1.000 Personen.

Entzug von
Waffenerlaub-
nissen

Die bayerischen Behörden gehen auf allen
Ebenen seit jeher **konsequent gegen den**
Waffenbesitz von Extremisten vor. So
hat das **Verwaltungsgericht Ansbach** vor
vier Wochen den **Entzug der Waffener-**
laubnis bei einem **Vorsitzenden der**
Identitären Bewegung (IB) in erster
Instanz bestätigt.

Strukturell geht der **Trend weg von den**
klassischen rechtsextremistischen
Parteien hin zu neuen, internetaffinen
Gruppierungen. Insbesondere wächst das
unstrukturierte rechtsextremistische
Personenpotenzial an, aktuell auf rd.
1.200 Personen in Bayern (2017: 1.060).

Neue Beobach- Die **Aufnahme der Beobachtung der**
tungsobjekte „Jungen Alternative für Deutschland (**JA**)
und des „Flügels“ Anfang 2019 wird für
das laufende Jahr eine Steigerung des
Personenpotenzials mit sich bringen. Bei
beiden Gruppierungen ist jeweils von ei-
nem **Personenpotenzial im unteren drei-**
stelligen Bereich auszugehen. Darunter
befinden sich auch Personen, die bereits in
der Vergangenheit durch Verbindungen in
die rechtsextremistische, die verfassungs-
schutzrelevante islamfeindliche und die
Reichsbürger-Szene aufgefallen sind.

In Kürze werden **beide Gruppierungen** in
das **Verzeichnis extremistischer oder**
extremistisch beeinflusster Organisa-
tionen aufgenommen. Es obliegt dann den
Personalbehörden des öffentlichen
Dienstes insbesondere bei Einstellungen
zu entscheiden, ob im **konkreten Einzel-**
fall die Mitgliedschaft oder Unterstützung
von JA und „Der Flügel“ **Zweifel an der**
Verfassungstreue des Bewerbers
begründen.

Patrouille-
Aktion in
Nürnberg

Folie 10

Erst vor kurzem sorgte eine „**Patrouille-Aktion**“ der „**Wodans Erben Germanien Division Bayern**“ (*WEG*) in Nürnberg zu Recht für Empörung. Die Gruppierung hatte ganz bewusst das ehemalige **Reichsparteitagsgelände** zum Schauplatz einer widerwärtigen Inszenierung gewählt.

Diese Aktion reiht sich ein in eine Kette von sog. **Streifengängen**, mit denen die rechtsextremistische Szene auch schon 2018 **gegen Flüchtlinge** als generelle Bedrohung der Inneren Sicherheit und gegen einen angeblich **handlungsunfähigen Staat** agitiert hat.

Soldiers of Odin
Vikings Security
Wodans Erben

So hatten die „**Soldiers of Odin**“ (*SOO*) im vergangenen Jahr unter anderem in München, Augsburg, Kempten, Donauwörth und Würzburg „Streifengänge“ durchgeführt. Die „**Vikings Security Germania Division Bayern**“ (*VSG*) patrouillierte in verschiedenen bayerischen Städten mit Schwerpunkt in **Augsburg und dem ostbayerischen Raum**. Sowohl bei der

WEG als auch bei der VSG handelt es sich um **Abspaltungen von den „Soldiers of Odin“**.

Schutzzonen-
kampagne der
NPD und Natio-
nale Streifen

Auch Aktivisten der **neonazistischen Partei III. Weg** und der **NPD** führten erneut **„Nationale Streifen“** bzw. **„Schutzzonen“-Kampagnen** an verschiedenen Orten in Bayern durch. Die gewählten Orte weisen teilweise einen **Bezug zu sicherheitsrelevanten Vorfällen** auf, bei denen Asylsuchende oder Personen mit Migrationshintergrund unter Tatverdacht stehen.

Identitäre
Bewegung

Folie 11

Auch die in Bayern ca. 90 Personen umfassende **Identitäre Bewegung (IB)** lässt nichts unversucht, um **Ressentiments gegen Flüchtlinge und Muslime** zu schüren.

So reihten sich beim **Faschingsumzug am 28.01.2018 in Donauwörth** Aktivisten der Identitären Bewegung in den Umzug ein. Eine Person war als Sultan verkleidet, sieben weitere Aktivisten trugen einen „Niqab“-ähnlichen Schleier und ein Trans-

parent mit der Aufschrift „**Frauenrechtsbewegung, Burkaria 2022, gleichberechtigt, selbstbestimmend, frei**“. Sie verteilten Flyer, mit denen die angebliche „**Masseneinwanderung**“ aus muslimischen Ländern thematisiert wurde.

Anfang Februar 2018 stellten Mitglieder der IB in **Regensburg** auf dem Gelände der geplanten DITIB-Moschee **36 weiße Kreuze** mit den Namen von Opfern der Anschläge in Paris, Brüssel, Nizza und Berlin auf.

Die **Zielsetzungen** all dieser Aktivitäten ist klar: Das **Vertrauen** der Bevölkerung in den **Rechtsstaat und die Demokratie** soll ebenso **untergraben** werden wie das **friedliche Zusammenleben** mit Angehörigen anderer Kulturen oder Religionen.

rechtsextremistische Straftaten

Insgesamt wurden in 2018 **1.834 rechtsextremistisch motivierte Straftaten** gezählt, darunter **63 Gewalttaten**. Damit ist zwar sowohl bei der Gesamtzahl der Straftaten (*Vorjahr: 1.897*) als auch bei den Gewalt-

Folie 12

taten (*Vorjahr: 68*) eine **leicht rückläufige Tendenz** festzustellen.

Besorgniserregend ist jedoch, dass bei den extremistischen Gewalttaten wie im Vorjahr die **Mehrzahl der Gewalttaten fremdenfeindlich** motiviert war (*49 fremdenfeindlich motivierte Gewalttaten von 63*) und in **vier Fällen** der Gewalttat eine **antisemitische Motivation** (*Vorjahr: 0*) zugrunde lag.

Antisemitismus **Antisemitismus** ist zwar in verschiedener Intensität und Ausprägung Bestandteil aller Extremismusphänomene, so z.B. auch im Islamismus. Dennoch wurden mit **198 Straftaten** die **Mehrzahl der insgesamt 219 antisemitischen Delikte** dem Phänomenbereich **der Politisch Motivierten Kriminalität rechts zugeordnet**.

Vergangene Woche beschäftigte sich der Ministerrat mit den **Maßnahmen der Staatsregierung zur Prävention gegen Antisemitismus**. Die Bayerische Staatsregierung steht für gemeinsame Grund-

werte wie **Toleranz, Respekt und kulturelle Vielfalt**. Für jegliche Form von Extremismus und antisemitische Gesinnungen ist in Bayern kein Platz. Die Staatsregierung macht sich deshalb für eine breitgefächerte **Antisemitismus-Prävention** genauso stark wie für die konsequente **strafrechtliche Verfolgung** von Straftaten.

IV. Linksextremismus

Personenpotenzial Das **Personenpotenzial** der linksextremistischen Szene ist in 2018 leicht auf **3.500 Personen** (*Vorjahr: 3.470*) angestiegen. Davon gelten **730 Personen** als **gewaltbereit**. **Entgegen dem Bundestrend** ist dabei die Zahl der **Autonomen** – nach einem Anstieg in 2017 – wieder auf **675 Personen** leicht **gesunken** (*Vorjahr: 690*), liegt aber damit **immer noch über dem Niveau der Jahre 2013 bis 2016** (*jeweils 650*).

Folie 13

Straftaten

Folie 14

Die **Gesamtzahl** der linksextremistischen Straftaten erreichte **2018** mit **752 Straftaten** (*Vorjahr: 614*) einen **neuen Höchststand**. Für den Anstieg sind vor allem die extremistischen **Sachbeschädigungsdelikte** mit einer Steigerung um rund 100 Delikte auf jetzt **541 Taten** (*Vorjahr: 439*) verantwortlich. Die neue Welle bei den Sachbeschädigungsdelikten dürfte in Zusammenhang mit den **Wahlen zum Bayerischen Landtag** stehen. Im Wahlkampf wurden zahlrei-

che Plakate v. a. der AfD, aber auch von anderen Parteien, beschädigt.

Gewalttaten

Die linksextremistischen **Gewalttaten** gingen zum dritten Mal in Folge von 54 in 2017 auf **46** in 2018 zurück (2015: 122, 2016: 66). So erfreulich dieser Trend auch ist: **Drohungen** gegen namentlich genannte Beamte bis hin zu **Mordaufrufen** belegen, dass Teile der Szene Gewalt gegen missliebige Einzelpersonen ins Kalkül ziehen.

Bei den besonders **gefährlichen Brand- und Sprengstoffdelikten** trat mit jetzt **14 Delikten** gegenüber dem Vorjahr nahezu eine **Verdoppelung** ein (2017: 8). Diese Delikte wurden überwiegend im **Großraum München** begangen.

Handlungsfelder

Strategisch sind aktuell **drei Handlungsfelder** der linksextremistischen Szene erkennbar:

Folie 15

Zum Ersten bekämpft die Szene unter dem Deckmantel des „**Anti- Faschismus**“

und des „**Anti-Rassismus**“ auch mit gewalttätigen Mitteln alle Personen, Institutionen oder Gruppierungen, denen sie Rassismus oder Faschismus attestiert.

Insbesondere die **AfD** steht als **politisches Hauptfeindbild** bereits seit Längerem im Fokus linksextremistischer Aktivitäten. Ihre **Parteitage** oder sonstigen Veranstaltungen werden regelmäßig zum Ziel linksextremistischer Übergriffe. Die **Mobilisierung** und die im **Internet** verbreiteten **Anleitungen** für das gezielte Vorgehen bei Großveranstaltungen offenbaren ein **nicht zu unterschätzendes logistisches Leistungsvermögen** und eine breite Vernetzung der Szene.

Zum Zweiten entwickelt die Szene in bestimmten Themenfeldern wie beispielsweise der „**Anti-Gentrifizierung**“ Kampagnen, in deren Rahmen Straftaten begangen werden.

Folie 16

Auch bei der oben erwähnten **Brandstiftungsserie** in München handelte es sich nicht nur um situationsbedingt von Links-extremisten verübte Straftaten. Vielmehr ist eine **langfristige Strategie** erkennbar: **Zielobjekte** waren – neben **staatlichen Bauvorhaben** wie dem Bau des Strafjustizentrums in München – vor allem die angeblichen „Profiteure“ des knappen Wohnungsmarktes in München, also vornehmlich **Unternehmen der Immobilienbranche**.

Folie 17

Und **zum Dritten** beteiligt sich die links-extremistische Szene zunehmend an Veranstaltungen nicht-extremistischer Initiativen zu gesellschaftlich relevanten Themen wie **Umwelt- und Klimaschutz** oder **Mietpreise**. Die Szene hat deren hohes **Mobilisierungspotenzial** erkannt und nutzt diese Themen als „Türöffner“, um dort ihre Ideologie zu implementieren.

Ausgangspunkt ist dabei das **linksextremistische Grundverständnis**, wonach die

Demokratie in ihrem Kern ein kapitalistisches System sei, in dem der Einzelne zugunsten des „Systems“ beziehungsweise der „Kapitalisten“ in Unfreiheit gehalten werde. Folgerichtig speisen Linksextremisten in diese Initiativen ein, dass nur mit der Zerschlagung des Kapitalismus die Probleme zu lösen seien. Natürlich verschweigen sie dabei wohlweislich, dass sie damit auch die **Zerstörung der Demokratie an sich** anstreben.

V. Ausländerextremismus

Afrin-Offensive
Deutschlandbe-
such Erdogans

Folie 18

Die **militärische Offensive der türki-
schen Armee** und die Einnahme der kur-
disch dominierten Region **Afrin** in Nordsy-
rien führten in ganz Deutschland zu **zahl-
reichen Protestaktionen** – unter anderem
in Köln, **München, Nürnberg** und **Augs-
burg**.

Auch auf den **Deutschlandbesuch** des
türkischen Staatspräsidenten **Erdogan** im
September reagierte die kurdische Arbei-
terpartei PKK bundesweit mit **Protestakti-
onen**, oftmals mit Unterstützung der links-
extremistischen Szene. Veranstaltungen in
München und Nürnberg am 26. September
verliefen zwar störungsfrei, am Folgetag
beging jedoch ein **PKK-Aktivist** aus Pro-
test in Kösching **öffentlich Selbstmord**.

Das ganze Jahr über kam es bundesweit
zu einer **Vielzahl von Übergriffen auf tür-
kische Vereine** und Einrichtungen. Insbe-
sondere bei **jüngeren Mitgliedern** der

PKK steigt zunehmend die **Gewaltbereitschaft**. Ihre Aufrufe zur Mäßigung, die sie regelmäßig an ihre Anhänger richtet, zeitigen nicht immer den gewünschten Erfolg. **Seit November 1993** ist die PKK in Deutschland **verboten**. Gewalttätig ausgetragene Konflikte laufen daher ihren Versuchen zuwider, politische und gesellschaftliche Mehrheiten für eine Aufhebung des Verbots zu erreichen.

Konflikte zwischen „Grauen Wölfen“ und PKK-Anhängern

Die Entwicklungen in der Türkei haben zudem das **Konfliktpotenzial zwischen türkischen Nationalisten und Anhängern der PKK** in Deutschland ansteigen lassen.

In Bayern konnten durch **intensive Aufklärungsarbeit der bayerischen Sicherheitsbehörden** und konsequentes Einschreiten bislang zwar **größere gewalttätige Auseinandersetzungen verhindert** werden. Trotzdem kam es auch hier im Rahmen von Afrin-bezogenen Kundgebungen **vereinzelt zu Provokationen und Auseinandersetzungen zwischen türki-**

schen und kurdischen Personen und Gruppen.

In **Nürnberg** etwa störten mutmaßlich **rechtsextremistische Türken Versammlungen des PKK-nahen Spektrums** durch Zwischenrufe und Zeigen der türkischen Nationalflagge sowie des sog. **Wolfsgrußes**, dem Erkennungszeichen der rechtsextremistischen **Ülkücü-Bewegung**.

VI. Reichsbürger

Personenpoten- Die Zahl der Anhänger der **Reichsbürger**
zial stagniert seit Mitte letzten Jahres bei rund
4.200 Personen. Auch hinsichtlich des
Folie 19 „**harten Kerns**“ haben sich **keine wesent-**
lichen Veränderungen ergeben. Diesem
sind rund **400 Personen** zuzurechnen. Der
Anteil der Personen, die **Rechtsextre-**
misten sind und gleichzeitig der Reichs-
bürgerideologie anhängen, liegt nach wie
vor bei **ca. 60 Personen**.

Aufgrund der vielfältigen **Maßnahmen der**
Sicherheitsbehörden gegen die Szene –
wie Durchsuchungen, Entzug von Waffen-
erlaubnissen und Beobachtung durch den
Verfassungsschutz – ist tendenziell eine
rückläufige Entwicklung bei der Gesamt-
zahl ihrer Anhänger zu erwarten. Die **At-**
traktivität der Szene dürfte insbesondere
bei jenen, die nicht dem harten Kern ange-
hören, aufgrund der negativen Konsequen-
zen im privaten und beruflichen Umfeld
deutlich sinken.

Die **Reichsbürgerszene** ist nach wie vor **sehr heterogen**. Sie besteht aus Geschäftemachern, Verschwörungstheoretikern, Querulanten, Rechtsextremisten und verschiedenen Personengruppen, die untereinander konkurrieren beziehungsweise persönliche oder ideologische Konflikte austragen. **Szeneinterne Konflikte** verhindern das Entstehen mitgliederstarker Gruppierungen. Auch eine **strukturierte Vernetzung** der Gesamtszene ist derzeit **nicht erkennbar**.

Gewaltpotenzial Im vergangenen Jahr wurden insgesamt **325 Straftaten von Reichsbürgern** gezählt, darunter **89 Gewaltdelikte**. Der Löwenanteil bei den Gewaltdelikten entfiel mit **78 Fällen** auf den Tatbestand der **Erpressung**.

Entzug von
Waffenerlaub-
nissen

In Bayern wurden bis Ende März 2019 **336 mutmaßliche Reichsbürger** (*Stand. 31.12.2017: 269*) mit zum Teil mehreren **waffenrechtlichen Erlaubnissen identifiziert**. **Gegen alle** Inhaber wurden **Wider-**

rufsverfahren durch die Waffenbehörden eingeleitet. In 208 Fällen erging bereits ein Widerrufsbescheid. Insgesamt wurden durch Widerruf oder aufgrund eines im Rahmen des Widerrufsverfahrens erklärten freiwilligen Verzichts bereits **407** (*Stand. 31.12.2017: 321*) **waffenrechtliche Erlaubnisse entzogen und 778** (*Stand. 31.12.2017: 607*) **Waffen abgegeben.**

VII. Cybersicherheit und Spionageabwehr

Datenleak
Folie 20

Der **Datenleak Ende 2018/Anfang 2019**, bei dem ein Schüler mit relativ einfachen Mitteln zahlreiche Nutzerdaten erbeutete und veröffentlichte, wirft ein Schlaglicht auf die **Verwundbarkeit im Cyberraum**. Er zeigt aber auch die **zu große Sorglosigkeit** mancher **Onlinedienste** und zahlreicher **Nutzer** bei der Sicherung ihrer Daten. Einfach zu „knackende“ Kennwörter wie „1234“ oder „Passwort“ bieten keinerlei Schutz vor Cyberattacken.

APT-Angriffe

Weitaus gefährlicher als die Versuche eines Schülers sind sog. **APT-Angriffe** (*Advanced Persistent Threat*, „herausgehobene andauernde Bedrohung“). Hier sind professionelle Gruppen am Werk, die oft im Auftrag oder mit Unterstützung **ausländischer Staaten oder Nachrichtendienste** Daten stehlen, Abläufe sabotieren oder Infrastrukturen angreifen und zerstören. **Ziel** ist es, sich möglichst lange, manchmal über Jahre hinweg,

unentdeckt im Opfersystem zu bewegen, um über den gesamten Zeitraum sensible **Informationen auszuspähen, Schaden anzurichten** oder **Inhalte zu manipulieren**.

Angriffe aus Russland, China und Iran

Das **Cyber-Allianz-Zentrum Bayern (CAZ)** verzeichnete in 2018 eine Zunahme derartiger APT-Angriffe. Als **Hauptakteure** werden nach wie vor **Russland, China und der Iran** identifiziert. Das CAZ stellte zudem fest, dass bei den Angriffen unter anderem gezielt der **Energiesektor** sowie der **Wissenschafts- und Forschungsbereich** im Fokus standen.

Auch die **Qualität** der Angriffe hat deutlich zugenommen. So werden häufig nicht mehr einzelne Opfer direkt angegriffen, sondern deren **Router-Infrastruktur** oder **Service-Provider**. Diese **Attacken** sind für die eigentlichen Opfer **kaum wahrzunehmen**, da der **Datenverkehr** weiterhin problemlos und **unauffällig** funktioniert.

VIII. Schlussworte

Fazit

Folie 21

Meine Damen und Herren, zusammenfassend lässt sich sagen: Auch im vergangenen Jahr sind in allen Phänomenbereichen die **Herausforderungen** an die Sicherheitsbehörden generell und an den Verfassungsschutz im Besonderen weiter **gestiegen**. Die **Gemeinsamkeiten** in unserer Gesellschaft scheinen **weniger** zu werden. Die **Bereitschaft zum respektvollen Dialog** mit dem Andersdenkenden **sinkt**. Das Bewusstsein für den **Wert der Demokratie** als einer Staatsform, die dem Einzelnen ein hohes Maß an persönlicher Freiheit gewährleistet, suchen Extremisten aller Spielarten **systematisch zu untergraben**.

Dank an LfV,
Schlussworte

Deshalb gilt **mein großer Dank** den **Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter** des **Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz** – heute hier vertreten durch ihren Präsidenten! Sie setzen sich jeden Tag für den **Schutz** unserer **freiheitlichen, demokratischen Grundordnung** ein.